

# Landratsamt Straubing-Bogen

Eingegangen

26. Aug. 2002

Landratsamt Straubing-Bogen Postfach 0463 94304 Straubing  
Gegen Empfangsbestätigung

Gemeinde Leiblfing  
z.H. Herrn Ersten Bürgermeister o.V.i.A.  
Schulstr. 6

94339 Leiblfing

Straubing, 01.08.2002

AZ: 42-641/10-2

Ihr Ansprechpartner: Herr Roth

☎ 09421/973 - 267

Fax 09421/973 - 230

E-Mail: wasserrecht@landkreis-  
straubing-bogen.de

Zimmer: 240

Vollzug der Wasser- und Abwasserabgabengesetze;  
Einleiten von Niederschlagswasser aus dem Ort Niedersunzing in die Aiterach durch  
die Gemeinde Leiblfing, Landkreis Straubing-Bogen

## Anlagen

- 1 geprüfte Antragsfertigung mit Ergänzung
- 1 Kostenrechnung
- 1 Formblatt „Empfangsbestätigung“ g.R.

Das Landratsamt Straubing-Bogen erlässt folgenden

## B e s c h e i d:

- 1. Gehobene Erlaubnis
- 1.1 Gegenstand der Erlaubnis, Zweck und Plan der Gewässerbenutzung
- 1.1.1 Gegenstand der Erlaubnis

Der Gemeinde Leiblfing -Unternehmensträger- wird bis auf Widerruf die gehobene Erlaubnis nach Art. 16 BayWG zur Benutzung der Aiterach (Gewässer 2. Ordnung) durch Einleiten gesammelten Niederschlagswassers erteilt.

Leutnerstr. 15 94316 Straubing

☎ 09421/973 0

E-Mail: landratsamt@landkreis-straubing-bogen.de

Internet: <http://www.landkreis-straubing-bogen.de>

Sie erreichen uns mit dem Stadtverkehr SR, Linie 3,  
mit der Bahn, Haltestelle Straubing-Ost

Sprechzeiten:

Mo. bis Fr. 8.00 - 12.00 Uhr, Donnerstag 13.30 - 17.00 Uhr,  
Zulassungsstelle/Führerscheinstelle zusätzlich:

Dienstag 13.30-15.30 Uhr und Donnerstag 13.30-18.00 Uhr

Übrige Zeit nach Vereinbarung (bitte nutzen Sie diese Möglichkeit)

Schalterschluss in der Zulassungsstelle jeweils ½ Stunde  
vor Ende der Sprechzeit

1.1.2 Zweck der Benutzung

Die erlaubte Gewässerbenutzung dient der Beseitigung des über die Regenwasserkanäle gesammelten Regenwassers. Zur Minderung der Abflussspitzen ist der Bau eines Regenrückhaltebeckens (RRB) geplant.

1.1.3 Plan

Der Benutzung liegt der Plan des Ingenieurbüros Trummer, 94315 Straubing, vom 06.03.2002, ergänzt mit Tektur vom 12.07.2002, nach Maßgabe der vom Wasserwirtschaftsamt Deggendorf durch Roteintragung vorgenommenen Änderung zugrunde. Die Planung vom 06.03.2002 umfasst entsprechend dem Inhaltsverzeichnis insgesamt 19 Einzelpläne. Die Ergänzung vom 12.07.2002 zum Wasserrechtsentwurf vom 06.03.2002 umfasst insgesamt 23 Einzelpläne

Danach wird

Regenwasser aus dem Regenwasserkanal

Nr. 1 – Auslauf des RRB auf der Flur Nr. 766/1, Gemarkung Obersunzing, in die Aiterach

eingeleitet.

Die Planunterlagen vom 06.03.2002 sind mit dem Prüfvermerk des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf vom 29.05.2002 und dem Genehmigungsvermerk des Landratsamtes Straubing-Bogen vom 01.08.2002 versehen. Die 1. Ergänzung vom 12.07.2002 zum Wasserrechtsentwurf vom 06.03.2002 ist mit dem Prüfvermerk des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf vom 25.07.2002 und dem Genehmigungsvermerk des Landratsamtes Straubing-Bogen vom 01.08.2002 versehen.

1.1.4 Beschreibung der Anlagen

Die Sammlung und Ableitung des Abwassers erfolgt im Trennverfahren. Das gesammelte Schmutzwasser wird in der Kläranlage Leiblfing behandelt.

1.2 Dauer der Erlaubnis

Die Erlaubnis und die Genehmigung nach Art. 59 BayWG enden am 31.07.2022.

1.3 Erlaubnisbedingungen und -auflagen

1.3.1 Umfang der erlaubten Benutzung für das Einleiten von Regenwasser aus dem Regenwasserkanal

Einleitung Nr. 1	Auslauf RRB	Maximalabfluss	355 l/s
------------------	-------------	----------------	---------

1.3.2 Anforderungen an das Einleiten von Niederschlagswasser:

Es darf nur Regenwasser von Flächen abgeleitet werden, die nicht eine über dem üblichen Maß liegende Verschmutzung aufweisen (Straßen mit geringer Schmutzbelastung, Wohnstraßen, Dachflächen, Hoffeststellungen, Zufahrten u.a.). Die Salzstreuung beim Winterdienst ist auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.

- 1.3.3 Der Unternehmensträger hat sämtliche Anlagenteile stets in einem ordnungsgemäßen Zustand zu halten. Die Verkehrsflächen und die Straßeneinläufe einschließlich Schmutzfänger sind mindestens zweimal jährlich zu reinigen.

1.3.4 Baubausführung, Anzeigepflicht

- 1.3.5 Die Baumaßnahmen im Bereich der Kanalisation zur künftigen Sammlung des Niederschlagswassers im Trennverfahren sind plangemäß entsprechend den geprüften Antragsunterlagen durchzuführen.

- 1.3.6 Im Zuge der Erneuerung der Regenwasserkanäle ist das Regenrückhaltebecken als eine der ersten Maßnahmen zu errichten, jedoch bis spätestens 9 Monate nach Bestandskraft dieses Bescheides.

- 1.3.7 Der Baubeginn und die Bauvollendung der Baumaßnahme ist dem Landratsamt Straubing-Bogen und dem Wasserwirtschaftsamt Deggendorf rechtzeitig anzuzeigen. Wird die Anlage in mehreren Bauabschnitten ausgeführt, so sind Beginn und Vollendung jedes Bauabschnittes anzuzeigen.

- 1.3.8 Die Anlage darf erst nach einer Bauabnahme nach Art. 69 BayWG, vorzunehmen durch einen anerkannten privaten Sachverständigen in der Wasserwirtschaft (PSW), in Betrieb genommen werden. Die Bestätigung ist bis spätestens einen Monat nach Abnahme dem Landratsamt Straubing-Bogen vorzulegen.

- 1.3.9 Der Bau des Regenrückhaltebeckens darf zu keiner nachteiligen Veränderung des Hochwasserabflussquerschnittes der Aiterach führen. Auffüllungen und Einbauten (z.B. Einzäunung, Bepflanzung) im Bereich des Überschwemmungsgebietes der Aiterach sind unzulässig. Ein etwaiger Verlust an Retentionsraum ist auszugleichen. Dies ist auch während der Bauausführung des Regenrückhaltebeckens zu beachten.

- 1.3.10 Die Einleitungsstelle in die Aiterach ist im Bereich der offenen Baugrube in Anschluss an die bestehende Sicherung des Brückenbauwerkes durch Wasserbausteine zu sichern.

- 1.3.11 Die Einleitungsstelle ist naturnah zu sichern und mit standortgerechtem Gehölz zu bepflanzen. Wird eine Befestigung mit Wasserbausteinen erforderlich, so ist das Gewässerbett möglichst rau (Steinwurf ohne Beton) zu gestalten. Im Sohlbereich sind die Steine mindestens 30 cm unter der geplanten Sohle unregelmäßig zu setzen, damit sich natürliches Geschiebe ablagern kann. Eine Auspflasterung des Bachbettes ist nicht zulässig.

#### 1.4 Betrieb und Unterhaltung

Für Betrieb, Unterhaltung und Überwachung der Abwasseranlage ist in ausreichender Zahl zuverlässiges Personal zu beschäftigen, das eine geeignete Ausbildung besitzt. Für den Betriebsleiter ist ein Stellvertreter zu benennen. Die Aufgaben sind dem Klärwerkspersonal der Kläranlage Leiblfing zu übertragen.

#### 1.5 Eigenüberwachung

Es sind mindestens Messungen, Untersuchungen, Aufzeichnungen und Vorlageberichte nach der Verordnung zur Eigenüberwachung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen (Eigenüberwachungsverordnung - EÜV) in der jeweils gültigen Fassung vorzunehmen.

#### 1.6 Anzeigepflichten

1.6.1 Änderungen der erlaubten Art des eingeleiteten Abwassers, Änderungen der baulichen Anlagen sowie Änderungen der Betriebs- und Verfahrensweise, soweit sie sich auf die Ablaufqualität auswirken können, sind unverzüglich dem Landratsamt Straubing-Bogen und dem Wasserwirtschaftsamt Deggendorf anzuzeigen. Außerdem ist rechtzeitig eine erforderliche bau- und wasserrechtliche Genehmigung bzw. Erlaubnis mit den entsprechenden Unterlagen zu beantragen:

1.6.2 Außerbetriebnahmen (z.B. durch Wartungs- oder Reparaturarbeiten) der Anlagen oder andere Maßnahmen, bei denen eine zusätzliche Gewässerbelastung nicht ausgeschlossen werden kann (z.B. Spülung des Kanalsystems, Reinigung der Rückhalteeinrichtungen), sind vorab, möglichst frühzeitig, dem Wasserwirtschaftsamt Deggendorf und dem Landratsamt Straubing-Bogen sowie den betroffenen Beteiligten (z.B. Fischereiberechtigten) anzuzeigen. Die Anzeige gibt keine Befugnis zur Überschreitung des Umfangs der erlaubten Benutzung; kann der Umfang der erlaubten Benutzung vorübergehend nicht eingehalten werden, ist vorher eine ergänzende beschränkte Erlaubnis zu beantragen.

Eine nachträgliche Verständigung ist nur in Notfällen zulässig.

1.6.3 Der Zeitpunkt von baulichen Maßnahmen oder Unterhaltungsmaßnahmen im Gewässer ist den Fischereiberechtigten (mindestens zwei Wochen vorher) mitzuteilen.

#### 1.7 Unterhaltung des Gewässers

Der Unternehmensträger hat das Auslaufbauwerk sowie die Aiterach bis zum unterstrom liegenden Brückenbauwerk (Gemeindeverbindungsstraße) im Einvernehmen mit dem Wasserwirtschaftsamt Deggendorf und dem ansonsten Unterhaltungsverpflichteten zu sichern und zu unterhalten.

Darüber hinaus hat sich der Unternehmensträger an der Unterhaltung der Aiterach nach Maßgabe der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen, soweit durch die Einleitung bedingt, zu beteiligen.

1.8 Betretungs- und Besichtigungsrecht

Unbeschadet der behördlichen Überwachung und der sich daraus ergebenden Rechte nach § 21 WHG, Art. 68 BayWG und Art. 14 Abs. 1 Nr. 3 BayAbwAG sind die Beauftragten der das Gewässer verwaltenden Behörde berechtigt, die Anlagen des Unternehmensträgers jederzeit zu betreten und zu besichtigen.

1.9 Weitere Auflagen

Die Gemeinde Leiblting hat dafür Sorge zu tragen, dass nach Hochwasserereignissen im Regenrückhaltebecken keine Fischnotstände entstehen. Beim Ablauf von Hochwässern ist zu kontrollieren, inwieweit Fische im Rückhaltebereich verbleiben. Verbleibende Fische sind abzufischen und in die Aiterach zurückzusetzen.

2. Genehmigung nach Art. 59 BayWG

Die Genehmigung wird unter den in Nr. 1 dieses Bescheides genannten Bedingungen und Auflagen erteilt.

3. Abwasserabgabe

Soweit die Anforderungen des zulassenden Bescheides erfüllt sind, besteht für diese Einleitung Abgabefreiheit.

4. Der Bescheid des Landratsamtes Straubing vom 05.04.1961, Nr. II-173, wird widerrufen.

5. Kosten

5.1 Der Unternehmensträger hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

5.2 Für diesen Bescheid wird eine Gebühr von 150,00 Euro festgesetzt. Die Auslagen betragen 621,00 Euro.

Gründe:

I.

Das anfallende Abwasser in Niedersunzing wird im Trennverfahren gesammelt. Die Behandlung des Schmutzwassers erfolgt seit August 1989 in der Kläranlage Leiblting.

Derzeit wird das im Entwässerungsgebiet anfallende und gesammelte Niederschlagswasser an drei Einleitungsstellen in die Aiterach eingeleitet. Zukünftig werden diese Einleitungen aufgelassen und zu einer einzigen neuen Einleitung zusammengefasst. Die Gewässerbenutzungen wurden bisher rechtlich nicht abgesichert.

Zur künftigen rechtlichen Absicherung der Gewässerbenutzung beantragte die Gemeinde Leiblfing mit Schreiben vom 26.03.2002 die Erteilung einer gehobenen wasserrechtlichen Erlaubnis für das Einleiten von Niederschlagswasser aus dem Ort Niedersunzing in die Aiterach.

Zum o.g. Antrag der Gemeinde Leiblfing wurden die Träger öffentlicher Belange gehört, insbesondere wurde die Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes Deggen-dorf (amtlicher Sachverständiger) und des Bezirks Niederbayern – Fachberatung für Fischerei, eingeholt.

Das Vorhaben wurde öffentlich bekanntgemacht.

Einwendungen Privater wurden nicht vorgebracht.

Seitens der gehörten Fachstellen bestehen keine Einwendungen, wenn die unterbreiteten Auflagen Beachtung finden.

Mit dem Widerruf des Bescheides des Landratsamtes Straubing vom 05.04.1961, Nr. II-173, besteht seitens der Gemeinde Leiblfing Einverständnis.

## II.

Das Landratsamt Straubing-Bogen ist zur Entscheidung über den Antrag des Unternehmensträgers sachlich und örtlich zuständig (Art. 75 Abs. 1 Bayer. Wassergesetz -BayWG-, Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetz -BayVwVfG-). Soweit in diesem Bescheid abwasserabgabenrechtliche Regelungen getroffen werden, beruht die sachliche Zuständigkeit des Landratsamtes auf Art. 11 Abs. 1 des Bayer. Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes (BayAbwAG).

1. Die beantragte Einleitung von gesammelten Niederschlagswasser bedarf als Gewässerbenutzung im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 4 des Wasserhaushaltsgesetzes -WHG- der behördlichen Erlaubnis (§ 2 Abs. 1 WHG i.V.m. § 7 WHG).
2. Dem Unternehmensträger konnte eine gehobene wasserrechtliche Erlaubnis (§ 7 WHG i.V.m. Art. 16 BayWG) erteilt werden, weil die Gewässerbenutzung den Anforderungen der §§ 7a und 18b WHG entspricht. Die Voraussetzungen des Art. 21 BayWG (erlaubnisfreie Benutzungen) liegen nicht vor

Die vorhandenen Regenwasserkanäle entsprechen den allgemein anerkannten Regeln der Technik.

Versagungsgründe (§§ 6 und 7 a WHG) liegen bei Beachtung der festgesetzten Bedingungen und Auflagen (§ 4 Abs. 1 WHG i.V.m. Art. 15 BayWG) nicht vor. Die Gewässerbenutzung liegt im öffentlichen Interesse, da sie der öffentlichen Niederschlagswasserbeseitigung dient.

Gemäß dem Gutachten des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf vom 29.05.2002 und der Stellungnahme des Bezirks Niederbayern - Fachberatung für Fischerei vom 15.04.2002 und 21.05.2002 ist bei plangemäßer Errichtung und ordnungsgemäßigem Betrieb nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik sowie unter Berücksichtigung der Benutzungsbedingungen und -auflagen eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nicht zu besorgen.

Durch die Niederschlagswassereinleitung ist eine im Hinblick auf die Nutzungserfordernisse erhebliche nachteilige Veränderung der Eigenschaften der benutzten Gewässer nicht zu erwarten (§ 36 b Abs. 6 WHG).

Unter Beachtung der Prüfbemerkungen des Gutachtens des Wasserwirtschaftsamtes besteht mit den gewählten technischen Grundsätzen für Sammlung und die Ableitung des Niederschlagswassers Einverständnis.

3. Voraussetzung, Inhalt und Rechtsnatur der gehobenen Erlaubnis, Wirkungen gegen Dritte:

Im vorliegenden Fall war die Voraussetzung für die Erteilung einer gehobenen Erlaubnis gegeben, da die Gewässerbenutzung der öffentlichen Niederschlagswasserbeseitigung dient und daher im öffentlichen Interesse liegt (siehe hierzu Art. 16 Abs. 1 Satz 1 BayWG).

Die gehobene Erlaubnis begründet kein Ingebrauchnahmerecht am Vorflutgewässer; es handelt sich vielmehr um die Einräumung einer widerruflichen Befugnis zur Gewässerbenutzung. Die Befugnis bewirkt grundsätzlich nur die Zulässigkeit der Benutzung im Rahmen des öffentlichen Rechts. In die privatrechtliche Rechtsstellung Dritter wird lediglich insoweit eingegriffen als ein Anspruch auf Unterlassung der Gewässerbenutzung und ein Anspruch auf Beseitigung der durch die Gewässerbenutzung verursachten Störung durch Unterlassung der Abwassereinleitung ausgeschlossen wird.

Die Erlaubnis steht gemäß § 5 Abs. 1 WHG unter dem Vorbehalt, dass nachträglich an die Abwassereinleitung zusätzliche Anforderungen in verschiedener Hinsicht (z.B. an die Beschaffenheit der in den Vorfluter eingeleiteten Stoffe) gestellt werden können. Auf die nach § 22 des Wasserhaushaltsgesetzes bestehende Gefährdungshaftung und die hieraus sich ergebenden Risiken für den Unternehmensträger wird hingewiesen.

4. Zur Befristung der Einleitung:

Entsprechend dem Vorschlag des amtlichen Sachverständigen hat das Landratsamt Straubing-Bogen in der Nr. 1.2 dieses Bescheides die Dauer der Erlaubnis bis zum 31.07.2022 festgelegt (§ 7 Abs. 1 WHG).

Die Genehmigung nach Art. 59 BayWG wurde entsprechend der wasserrechtlichen Erlaubnis bis zum 31.07.2022 befristet (Art. 59 Abs. 4 Satz 1 BayWG).

5. Zu den Auflagen und Bedingungen:

Die in den Bescheid aufgenommenen Bedingungen und Auflagen haben zum Ziel, nachteilige Wirkungen für die Ordnung des Wasserhaushalts zu vermeiden und darüber hinaus die technisch einwandfreie Gestaltung der der Gewässerbenutzung dienenden Anlagen sicherzustellen.

6. Zur Abwasserabgabe:

Der Unternehmensträger ist für die Einleitung des aus dem Bereich bebauter oder befestigter Flächen abfließenden Niederschlagswassers gegenüber dem Freistaat Bayern grundsätzlich abgabepflichtig.

Über den Regenwasserkanal Nr. 1-Auslauf des Regenrückhaltebeckens wird nach den Planunterlagen kein durch Gebrauch in seinen Eigenschaften verändertes behandlungsbedürftiges Wasser mit abgeleitet.

Soweit die Anforderungen des zulassenden Bescheides erfüllt sind, besteht für diese Einleitungen Abgabefreiheit (Art. 6 Abs. 1 BayAbwAG).

7. Genehmigung nach Art. 59 BayWG:

Neben der beantragten wasserrechtlichen Erlaubnis ist u.a. für die an Gewässern zweiter Ordnung liegenden Anlageteile, die keiner baurechtlichen Genehmigung bedürfen, eine Genehmigung nach Art. 59 BayWG notwendig.

Dem Unternehmensträger konnte die Genehmigung nach Art. 59 BayWG erteilt werden, weil durch das im Betreff genannte Vorhaben keine Beeinträchtigung des Wohl der Allgemeinheit zu erwarten ist. Die Bedingungen und Auflagen wurden zur Verhütung möglicher Beeinträchtigungen festgesetzt. Sie sind notwendig und ausreichend (Art. 59 Abs. 4 Satz 2, Abs. 7 BayWG).

8. Rechtsgrundlage für den Widerruf des Bescheides vom 05.04.1961, Nr. II-173, ist Art. 16 Abs. 2 Nr. 2 BayWG i.V.m. § 12 Abs. 2 Nr. 1 WHG.

Danach kann die Erlaubnis ohne Entschädigung, soweit dies nicht schon nach § 5 WHG zulässig ist, nur ganz oder teilweise widerrufen werden, wenn der Unternehmer u.a. die Benutzung 3 Jahre ununterbrochen nicht ausgeübt hat.

Das im Ort Niedersunzing anfallende häusliche Abwasser wird seit Ende August 1989 der gemeindlichen Kläranlage Leiblfling zugeführt. Die am 05.04.1961 erlaubte Gewässerbenutzung wird demnach seit ca. 13 Jahren nicht mehr ausgeübt und wird auch nicht mehr erfolgen.

Es besteht ein öffentliches Interesse darin, unbefristete wasserrechtliche Erlaubnis für Gewässerbenutzungen zu widerrufen, die tatsächlich nicht mehr ausgeübt werden und auch nicht mehr ausgeübt werden sollen.

Für die Gemeinde Leiblufing entstehen durch den Widerruf der Erlaubnis vom 05.04.1961 keine Nachteile, da die Gemeinde Leiblufing von der Erlaubnis keinen Gebrauch mehr macht. Pflichtgemäßes Ermessen wurde ausgeübt.

9. Zur Kostenentscheidung:

Die Kostenentscheidung stützt sich auf Art. 1, 2, 5, 6, 10, 11, und 15 des Kostengesetzes (KG) i.V.m. Tarifnummer 8.IV.0/1.1.6.5, 1.15, 1.24 i.V.m. 3.1 des Kostenverzeichnisses zum KG.

Die Auslagen (Gutachten des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf, Stellungnahme des Bezirks Niederbayern - Fachberatung für Fischerei) sind aufgrund Art. 10 Abs. 1 KG zu erheben.

Die Kostenentscheidung bzgl. der Nr. 4 dieses Bescheides stützt sich auf Art. 1 und 2 sowie Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage beim Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg in 93047 Regensburg, Haidplatz 1, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, die angefochtene Verfügung soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden.

Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.



Lermer

Hinweise:

1. Für die erlaubte Gewässerbenutzung sind die einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) mit den dazu ergangenen Verordnungen maßgebend. Die hiernach bestehenden Rechte, Verpflichtungen und Vorbehalte sind in den Erlaubnisbedingungen und -auflagen dieses Bescheides grundsätzlich nicht enthalten.
2. Für den Betrieb des Kanalnetzes einschließlich der Sonderbauwerke ist Personal entsprechend dem ATV-Arbeitsblatt A 147 Teil 2 notwendig.
3. Es ist darauf zu achten, dass die Belange des Arbeitsschutzes, insbesondere die „Sicherheitsregeln für Abwasserbehandlungsanlagen - Bau und Ausrüstung“ und die „Sicherheitsregeln für Arbeiten in umschlossenen Räumen von abwassertechnischen Anlagen – Betrieb“ sowie die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften eingehalten werden.
4. Es wird empfohlen, für alle auf Privatgrundstücken verlegten Leitungen und Kanäle, für Zufahrten und Zugänge Grunddienstbarkeiten eintragen zu lassen.
5. Die geplante Errichtung des Regenrückhaltebeckens steht im Zusammenhang mit einer genehmigungspflichtigen Abgrabung. Die erforderliche abgrabungsrechtliche Genehmigung ist beim Landratsamt Straubing-Bogen zu beantragen.

*Baugenehmigung!*